

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
154 · Ausgabe Region Bern · Mai 2015

SP

Raum zum Leben

IMMER WIEDER LIEST MAN IN DEN ZEITUNGEN VON HAUSBESETZUNGEN. OFT WERDEN DIE BESETZERINNEN ALS KRIMINELLE HINGESTELLT, ALS MENSCHEN, DIE SICH VERBOTENERWEISE AN FREMDEN EIGENTUM VERGREIFEN. ABER IST DAS WIRKLICH SO? SIND WIRKLICH LAUTER CHAOTISCHE KRAWALLMACHER OHNE BOTSCHAFT AM WERK?

HausbesetzerInnen sind oft junge Linke, arbeiten in sozialen oder handwerklichen Berufen, manche studieren oder sind freischaffende KünstlerInnen... Ganz normale junge Erwachsene also. Was bringt sie dazu, sich in Wohnungen einzurichten – ohne zu wissen, wann sie wieder gehen müssen, ohne rechtliche Grundlage, ohne Strom oder fliessendes Wasser? Oft ist es der Wunsch nach Freiheit, oft fehlt uns Jungen die Möglichkeit, unser Leben so zu leben, wie wir dies gerne würden, ohne überall an Grenzen zu stossen. Wird ein Haus besetzt, entsteht dort oft eine unglaublich kreative, neue Welt. Eine weitere Begründung liegt auf der Hand. Immer mehr Wohnungen stehen (oft jahrelang) leer. Manchmal ist es, weil ein Haus abgerissen wird, um für ein anderes Projekt Platz zu machen, manchmal soll ein Gebäude umgenutzt werden und oft steht es leer, um so durch Wohnungsnot die Preise in die Höhe zu treiben. Was also ist falsch daran, ein Haus zwischenzunutzen, indem man auf kreative Art und Weise ein alternatives Kulturprogramm aufbaut und den vorhandenen Wohnraum nutzt?

Ein tolles Beispiel ist das Hausbesetzerkollektiv «Familie Osterhase»,

Oft fehlt uns Jungen die Möglichkeit, unser Leben so zu leben, wie wir dies gerne würden, ohne überall an Grenzen zu stossen.

JUSO
Stadt Bern



welches derzeit in Ostermündigen ein Haus besetzt hat. Sie haben ein alternatives Kulturprogramm auf die Beine gestellt, bieten Kunst- und Tanzworkshops an, veranstalten Bastelnachmittage mit Kindern aus der Nachbarschaft, sie haben eine Holz- und Velowerkstatt, Kunstateliers und ein Kino eingerichtet... Sie sind eine unglaubliche Bereicherung für dieses Quartier und verstehen sich gut mit der Nachbarschaft.

Eine andere Gruppe besetzte vor 25 Jahren die ehemalige ungarische Botschaft; eine Ruine, die davor schon 30 Jahre lang leer stand. Die BesetzerInnen renovierten das Gebäude, schauten zum Garten und kümmerten sich um alle Menschen, die bei ihnen Schutz suchten: von Obdachlosen bis zu Menschen mit Liebeskummer. 2012 mussten sie nach 22 Jahren ausziehen, da die Stadt das Gebäude sanieren und zu einer Kindertagesstätte umbauen will.

Möglich werden solche Projekte durch Zwischennutzungsverträge, welche zwischen den Besetzenden und den Besitzenden abgeschlossen werden können, wie das bei diesen zwei Beispielen geschehen ist. Wenn sowohl die BesetzerInnen wie auch die Besitzer bereit sind, miteinander

das Gespräch zu suchen, werden oft solche Verträge abgeschlossen, die es den BesetzerInnen erlauben, im Gebäude zu leben, bis das Haus entweder endgültig abgerissen oder anderweitig weitergenutzt wird. Meistens zahlen sie dann die Nebenkosten, teils noch einen symbolischen Mietbetrag und sorgen dafür, dass das Haus instand gehalten wird.

Sicher sind nicht alle Besetzungen solche Musterbeispiele wie die obigen; manchmal scheitert es an den BesetzerInnen, die nur ein Gebäude suchen, um eine Party zu feiern, oft scheitert es daran, dass die HausbesitzerInnen nicht wollen, dass ihr Gebäude zwischengenutzt wird. Sicher wurde schon so manches kreative Projekt im Keim erstickt.

Wir finden es schade, gibt es nicht mehr solchen Raum, in dem sich Menschen verwirklichen können, kleine Paradiese in einer Welt, in der alles immer schneller und gewinnorientierter wird. Jeder Mensch braucht Raum zum Leben. Und jeder Raum ist ohne Menschen leblos. Die Menschen und die Räume sind da, und manchmal finden sie eben auch auf einem alternativen Weg zueinander, daran ist nichts Falsches.

JA ZUM PARTIZIPATIONSREGLEMENT

Auf dem Weg zu mehr Demokratie

Um es vorwegzunehmen: Bei dieser Abstimmungsvorlage geht es nicht um Integration. Das vorliegende Reglement zur Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern ermöglicht der Stadt Bern, ihre demokratische Legitimation dem Zeitgeist minim anzupassen. Dass dies dringend nötig ist, zeigt allein schon der Blick in die Statistik: Rund ein Viertel der ständigen Wohnbevölkerung der Stadt Bern besitzt keine Bürgerrechte.

Doch auch ohne diese nackten Zahlen kann man unschwer erkennen, dass unsere Stadt längst durch Migration geprägt ist. Der Lebensalltag hat neue gesellschaftliche Realitäten geschaffen, welche auf den Strassen, in den Schulen und auch in direkter Nachbarschaft unübersehbar sind. So hat in den grössten Schweizer Städten bereits über die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund – demnach sollte eigentlich dezidiert von einem «Migrationsvordergrund» gesprochen

werden. Damit ist jedoch noch nichts gesagt über die kulturelle, politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Denn zum umfassenden bürgerrechtlichen Ausschluss eines wesentlichen Bevölkerungsteils kommt noch die nachweisliche strukturelle Diskriminierung im Bildungswesen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder in der Kulturproduktion nach zugeschriebenem Fremdegrad hinzu. Umso wesentlicher scheint es, sich der gesellschaftlichen Dynamiken anzunehmen und insbesondere das bestehende Demokratiedefizit politisch anzugehen, so könnte man meinen – doch weit gefehlt. Weshalb wirkt es also so normal, dass jede/r vierte Stadtbewohnerin oder Stadtbewohner von politischen Rechten ausgeschlossen ist?

Schenkt man den lautesten Stimmen in den Debatten über das Partizipationsreglement im Berner Stadtparlament Glauben, so scheint Migration etwas zu sein, was unserem Land noch bevorsteht bezie-

ungsweise tunlichst kontrolliert werden müsse. Es sollen zwar so viele Migrantinnen und Migranten zugelassen werden, wie die Wirtschaft braucht, aber mit möglichst wenig Rechten. Migration wird nur im Hinblick auf ihren Nutzen für die Schweiz bewertet. Vergessen geht dabei, dass die wirtschaftlichen Ursachen der weltweiten Migration oft in direktem Zusammenhang mit ausbeuterischen Wirtschaftsformen stehen, die den Wohlstand in der Schweiz und anderen westlichen Ländern begünstigen, aber das Überleben in den Herkunftsländern erschweren. Allerdings lässt sich damit nur schwer politisch punkten, denn viel besser lässt es sich über die Ängste der Schweizerinnen und Schweizer vor der Einwanderung sprechen. Doch wo werden die Ängste vor unsicherem Aufenthaltsstatus und Ausgrenzung, die Ängste vor offenem Rassismus und institutioneller Diskriminierung thematisiert?

Genau hier setzt das Partizipationsreglement an: Anstatt immer nur über Migrantinnen und Migranten zu reden, ermöglicht es die so genannte «Ausländermotion», mit ihnen zu reden. Somit machen wir einen ersten Schritt in Richtung gesellschaftlicher und institutioneller Anerkennung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Schweizer Pass. Die Bürde des Abstimmens überlässt man vorerst allerdings noch immer dem Stadtrat. Wir befinden uns also noch auf einem langen Weg zu mehr Demokratie. Damit bleibt eine zeitgemässe Abstützung politischer Entscheide durch ein vollwertiges Wahl- und Stimmrecht für die gesamte Wohnbevölkerung weiterhin Zukunftsmusik.

Halua Pinto de Magalhães, Stadtrat SP und
Koprsäsident Second@s Plus Bern

Anstatt
immer nur
über Mig-
rantinnen
und Mig-
ranten zu
reden, er-
möglicht
es die so
genannte
«Ausländer-
motion»
mit ihnen
zu reden.



DIE MOTION IN KÜRZE

Wird das Partizipationsreglement angenommen, können 200 Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern ohne Schweizer Pass eine Motion an den Stadtrat richten. Die Unterzeichnenden müssen volljährig sein und seit mindestens drei Monaten in der Stadt Bern leben. Nachdem der Gemeinderat die Motion beantwortet hat, entscheidet der Stadtrat darüber. Stimmt er der Motion zu, wird das Anliegen anschliessend umgesetzt. Informationen zum Reglement: www.mehr-mitsprache.ch



Ja zum nöie Breitsch

AM 14. JUNI STIMMEN DIE STADTBERNER STIMMBERECHTIGTEN ÜBER DEN AUSFÜHRUNGSKREDIT «DR NÖI BREITSCH» AB. DAS AUSGEWOGENE GESAMTPROJEKT VERBINDET NOTWENDIGE SANIERUNGSARBEITEN MIT EINER AUFWERTUNG DES STRASSENRAUMS UND EINER NEUGESTALTUNG DER PLÄTZE. AUS DEM BREITENRAINPLATZ WIRD EIN ATTRAKTIVER BEGEGNUNGSPUNKT FÜR DIE QUARTIERBEVÖLKERUNG, DER AUCH ALS VORBILD FÜR ANDERE STADTEILE DIENEN SOLL.

Die Abstimmungsvorlage «dr nöi Breitsch» beinhaltet die Erneuerung der Kanalisationsleitungen im Nordquartier, die teils schon über 100 Jahre alt sind. Zudem werden die Tramgleise zwischen Kursaal und Guisanplatz ersetzt. Diese dringend nötigen Sanierungsmassnahmen machen den Grossteil der Projektkosten aus. Im Zug der Unterhaltsarbeiten muss der gesamte Strassenbelag erneuert werden. Dies bietet die ideale Gelegenheit, um auch den Strassenraum neu zu gestalten und für alle einladender, ruhiger und sicherer zu machen.

Breit abgestützte Umgestaltungsmassnahmen

Mit der Abstimmungsvorlage wird die unübersichtliche Kreuzung beim Viktoriaplatz zu einem Kreisel umgebaut. Entlang der Moserstrasse und der Rodtmattstrasse werden die Trottoirs verbreitert, zusätzliche Bäume gepflanzt und es wird Tempo 30 eingeführt. Dadurch entsteht eine grosszügige Flaniermeile mit Boulevardcharakter.

Das Herzstück des Projekts bildet der neue Breitenrainplatz. Für die Bevölkerung wird dort ein attraktiver Treffpunkt geschaffen, der unter dem Blätterdach der Bäume zum Verweilen einlädt. Dank Verkehrsberuhigungsmassnahmen, einem

Für die Bevölkerung wird ein attraktiver Treffpunkt geschaffen, der unter dem Blätterdach zum Verweilen einlädt.

Brunnen und einer anderen Aufteilung der Fläche entsteht ein neuer Begegnungsort für die Bevölkerung mit erheblich mehr Raum für die FussgängerInnen. Das Beispiel der Mittelstrasse in der Länggasse zeigt eindrücklich, wie aus einer Begegnungszone in kurzer Zeit ein beliebter Treffpunkt für Anwohnende und BesucherInnen werden kann.

Bei der Planung wurden die Quartierbevölkerung und das lokale Gewerbe eng einbezogen und sie stehen heute klar hinter der Abstimmungsvorlage. Über 70 Unternehmen aus dem Quartier haben sich zu einem Gewerbekomitee (www.gewerbe-drnoeibreitsch.ch) zusammengeschlossen, das sich für ein Ja stark macht.

Vorbild für andere Stadtteile

«Dr nöi Breitsch» ist eine ausgewogene Vorlage, welche die notwendigen Sanierungsarbeiten mit der vom Quartier gewünschten Aufwertung

der Strassen und Plätze verbindet. Der Breitenrainplatz soll dabei auch als Vorbild für weitere Plätze dienen: In den anderen Stadtteilen sollen ebenfalls verkehrsberuhigte und einladende Plätze entstehen, wo sich die Quartierbevölkerung trifft. Die Planung des Eigerplatzes beispielsweise ist bereits weit fortgeschritten und die Neugestaltung des Helvetiaplatzes ist ebenfalls wieder im Gespräch. Damit soll endlich die sogenannte «Piazza»-Motion umgesetzt werden, die für jeden Stadtteil die Schaffung eines zusätzlichen vom motorisierten Individualverkehr befreiten Platzes verlangt. Bereits 2002 hatte der Stadtrat diesen Vorstoss von SP und Grünen überwiesen. Die Aufwertung von Strassen und Plätzen in allen Stadtteilen leistet einen wichtigen Beitrag, um die hohe Lebensqualität in der Stadt Bern auch in Zukunft zu erhalten.

Infos: www.drnoeibreitsch.ch
Michael Sutter, Stadtrat SP

PAROLEN DER SP STADT BERN ZU DEN STÄDTISCHEN ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI

Reglement über die Politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern: **JA**

Gesamtanierung Volksschule Wankdorf, Morgartenstrasse 2c: **JA**

Leistungsverträge mit drei Kulturinstitutionen für 2016–2019: **JA**

Ausführungskredit Gesamtprojekt «Dr nöi Breitsch»: **JA**

TEILREVISION DES KÖNIZER BAUREGLEMENTS:

Ja zu einer zukunftsgerichteten Energiepolitik

DIE SP IST BEKANNT ALS PARTEI, WELCHER DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG SEIT JAHRZEHNEN EIN ZENTRALES ANLIEGEN IST. DAHER HAT SIE IM JAHR 2011 ZWEI MOTIONEN MITLANCIERT: «NEU BAUEN MIT ERNEUERBARER ENERGIE» UND «NUTZUNGSBONUS FÜR BAUTEN IM MINERGIE-STANDARD ODER BESSER». DARÜBER STIMMT DIE KÖNIZER BEVÖLKERUNG AM 14. JUNI AB.

Um was geht es bei dieser Teilrevision des Könizer Baureglements? Neubauten und Sanierungen sollen einerseits strengeren Vorschriften bezüglich des zukünftig eingesetzten Energieträgers unterliegen. Damit soll der Spielraum ausgenutzt werden, den das neue kantonale Energiegesetz gewährt. So sollen künftig nur noch maximal 30 Prozent nicht erneuerbare Energien (beispielsweise Heizöl und Erdgas) beim Beheizen von neu gebauten oder sanierten Gebäuden eingesetzt werden dürfen. Das ist gut so. Denn die Energiewende muss und wird kommen: Nur der Ausstieg aus der Atomenergie und langfristig der Verzicht auf fossile Energieträger ist nachhaltig. Denn das Nutzen erneuerbarer Energien verhindert das Abfließen von Wertschöpfung in Krisen- und Kriegsregionen und schafft Arbeitsplätze in der Schweiz.

Gelingen kann die Energiewende jedoch nur, wenn auf allen

Ebenen die Stellschrauben richtig gestellt werden. Dementsprechend ist die SP überzeugt, dass auch auf Könizer Ebene die Bedeutung vor allem der Sonnen- und Holzenergie gesteigert werden muss. Und Vorbilder sind vorhanden: Riggisberg mit seiner Regelung des maximal zulässigen Verbrauchsanteils von nicht erneuerbaren Energieträgern von 33 Prozent ist eine der in diesem Bereich innovativsten Gemeinden im Kanton. Die vordringliche Frage, ob denn die 30-Prozent-Nichternewerbar-Regel technisch überhaupt umsetzbar ist, kann mit einem klaren Ja beantwortet werden. Zwei von der Gemeinde bestellte unabhängige Expertisen haben die Machbarkeit bestätigt. Die SP stellt daher mit Befriedigung fest: Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik ist auch auf Gemeindeebene realisierbar. Bereits heute sind bei der geplanten Überbauung Ried in Niederwangen und bei der im Bau stehenden Siedlung Bächtelenacker in

Der Spielraum, den das neue kantonale Energiegesetz gewährt, soll voll ausgenutzt werden.

Wabern 100 Prozent erneuerbare Energieträger vorgesehen.

In die gleiche Richtung geht zum zweiten die Schaffung eines Nutzungsbonus für energieeffizientes Bauen. Damit darf bei besonders guter Isolation und bei Einsatz von maximal 10 Prozent nicht erneuerbarer Energien die Nutzfläche um 10 Prozent über das erlaubte Mass hinaus erhöht werden. Es ist in den Augen der SP konsequent, ergänzend zu den verschärften Energievorschriften ein Anreizsystem für ökologisches Bauen zu schaffen.

In der eingereichten Motion waren sogar nur 20 Prozent nicht erneuerbare Energie vorgesehen. Die parlamentarische Diskussion zeigte aber, dass eine Quote von 30 Prozent mehr Chancen hat. Die Vorlage wird einzig von FDP und SVP (massiv) bekämpft.

Die SP Köniz sagt überzeugt Ja zur Teilrevision des Baureglements (Energievorschriften).

Christian Roth, Mitglied Parlament Köniz

In der Überbauung Bächtelenacker ist die Deckung des Wärmebedarfs mit 100 Prozent erneuerbarer Energie vorgesehen.

PAROLEN DER SP KÖNIZ ZU DEN GEMEINDE-ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI

Teilrevision Baureglement (Energievorschriften): **JA**
 Abbauswerpunkt Wangental (Änderung der Überbauungsordnung) **JA**
 Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz: **Stimmfreigabe**

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch
 www.spmittelland.ch, www.spbern.ch
 Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Hans-Jörg Rhyn, Christoph Salzmann, Michael Sutter

